

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsstelle
Tageblatt Rieser
Bernauer Str. 22
Cottbus Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen behördlichseits bestimmtes Blatt.

Postfachnummer
Dresden 1500.
Verleger:
Rieser Nr. 22

Nr. 42.

Mittwoch, 19. Februar 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsbetrieblern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe der Druckerei, der Druckerei oder der Verlegeranstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gertrudenstr. 26. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Dem Kabinett Binger das Vertrauen entzogen.

Die Gesamtregierung zurückgetreten. — Antrag auf Landtagsauflösung gestellt.

19. Dresden, den 19. Februar 1930.

Dunkle Wolken lagern über dem Ständehaus an der Brühlischen Terrasse, Arznenluft durchschwebend die Innenräume. Vor dem Hauptportal am Schloßplatz stehen — genau wie vor den großen Kinos — bereits um 11 Uhr größere Trupps meist recht jugendlicher Gestalten, die erregt über das kommende debattieren. „Vorstoß des Kapitals“, „Aushungerung der Proleten“ sind Stichworte aus der Unterhaltung. Sie alle begehren Einlass auf die öffentlichen Tribünen. Man erwartet einen Revolutionsakt, ein Schauspiel, dessen Akteure die erwählten Volksboten selbst sein werden. Auch einen „Erfolg“ des neuzeitlichen Parlamentarismus! Die Regierung soll gestürzt werden, so hofft man. Drinnen im Ständehaus ist soeben, 11 Uhr vormittags, der Interfraktionelle Ausschuss zusammengesessen, um noch einmal den letzten Versuch zu unternehmen, die widerstreitenden Elemente zu versöhnen und die Krise abzuwenden. Die Sitzung dauerte nur wenige Minuten, dann gingen die Herren auseinander, ohne die einigende Formel gefunden zu haben. Nun wird das Schicksal seinen Lauf nehmen. Die Stunden des Kabinetts Binger scheinen gezählt zu sein.

Punkt 1 Uhr rufen die Stimmen zum Beginn der Sitzung. Die Tribünen füllen sich. Ein Teil der Besucher behält den Mut oder die Mühe auf dem Kopfe und muß erst durch die Landtagsdiener auf diesen Verstoß gegen die gute Sitte aufmerksam gemacht werden. Als die Nationalsozialisten sich vor ihren Plänen unterhalten, erschallen höhnende Zurufe seitens der Kommunisten. Kurz darauf tritt Abg. Dr. Wübner vor den Platz des Abg. Renner, was allgemeine Beifall bei den Sozialdemokraten auslöst. Ministerpräsident Dr. Binger sitzt ruhig wie immer auf seinem Stuhl und unterzeichnet anscheinend einige Schriftstücke.

Den Kommunistischen Mißtrauensantrag.

Der erste Punkt der Tagesordnung bildet, begründet Abg. Renner (Komm.). Er beschwert sich einleitend darüber, daß auf den Tribünen sonderbare Gestalten herumlungerten, „Mißtrauensanträge der kapitalistischen Regierung“. Er zählt, ohne daß das Haus ihm großes Gewicht beizulegen, die Sünden der Regierung Binger auf. Er sagt dann, der Kampf der Nationalsozialisten gegen den Youngplan und gegen die Vereinerlichung der Massen sei nicht ernst zu nehmen. Es sei möglich, daß die Nationalsozialisten ihren Mißtrauensantrag jetzt noch zurücknehmen. (Ironischer Zuruf des Abg. v. Klinger: Natürlich, tun wir auch!) Dann würden wir ihr Mandat unwirksam und ihren Antrag zu dem unsern machen! Der Weg, den die Nationalsozialisten gingen, sei der des Verzichts. Wenn die Kommunisten diesen Weg gehen wollten, dann hätten sie ihn schon längst gehen können. (Zurufe von den Nationalsozialisten: Warum verfocht ihr denn jetzt alles? Große Beifall.) Renner bezieht den Youngplan, der dem Volke keine Erleichterungen bringen werde. Die Lasten sollten aber den arbeitenden Massen auferlegt werden. Die Volkspartei fräule sich zwar jetzt noch gegen die Große Koalition; aber dieser Zeit sei alles anzutragen. (Ordnungsruß des Präsidenten.) Zum Schluß verliest der Redner eine Erklärung, in der der Regierung Binger vorgeworfen wird, sie sei das ausführende Organ der kapitalistischen Industrie und marschiere im Feldzug gegen die Arbeiter an der Spitze.

Abg. v. Klinger (Nat.-Soz.): Seine Partei habe die Regierung Binger so lange als möglich gestützt. (Seine weiteren Ausführungen gehen im Rauschen der Kommunisten vollständig unter. Der Präsident muß mehrere Ordnungsruße ausstoßen. Auch der Redner selbst erhält zwei Ordnungsruße.)

Die sachliche Regierung hätte sich bei der Abstimmung über den Youngplan unbedingt wenigstens der Stimme enthalten müssen, denn drei Viertel des Landtages sei gegen den Youngplan. Die Regierung habe die von seiner Partei gestellten Bedingungen abgelehnt, nun trage sie selbst die Verantwortung für die Folgen.

Ministerpräsident Dr. Binger

gibt hierauf eine Erklärung ab, in der er die Haltung der sachlichen Regierung in der Tribünenfrage begründet. Das Kabinett hat in der ersten Stunde, in der es über die Stimmabgabe im Reichsrat zum Neuen Plan beriet, sich gänzlich freigemacht von parteipolitischen Erwägungen. Es hat es auch abgelehnt, mit einer Stimmhaltung, den Schein der Unentschiedenheit oder der Geminnung durch taktische Rücksichten hervorzurufen. Einzeln und allein war für jedes einzelne Kabinettsmitglied die Frage entscheidend, ob die Zustimmung zum zweiten Youngplan eine unabwendbare Notwendigkeit, zur Zeit die einzige offenstehende Möglichkeit war.

Das Kabinett hat diese Frage bejaht.

Dr. Binger führt dann die Gründe für die Annahme an, die den Youngplan als das kleinere Übel erscheinen lassen.

Aber das alles, die oft wiederholte Abwägung zwischen den Lasten des Dames- und des Neuen Planes war für das Kabinett nicht endgültig ausschlaggebend.

Ausdrücklich wurde vielmehr das Bewußtsein, daß das Reich sich in einer überaus schweren Zwangslage befindet, und die Überzeugung, daß, wenn der eingeschlagene Weg nicht weitergegangen wird, der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Reiches in nächster Nähe gerückt ist.

Nach erster Prüfung ist die Regierung zu dem Ergebnis gekommen, daß zur Zeit kein anderer gangbarer Weg gegeben erscheint. Wir geben zu, daß der „Neue Plan“ kein großer deutscher Erfolg ist, ja daß er in manchen Punkten, so im Transferensystem eine Verschlechterung gegenüber dem Damesplan bedeutet.

Kein Reich wird dafür einsehen wollen, daß wir die uns darin angebotenen Jahresbeiträge auf alle Zeit leisten können. Zu wünschen wäre, daß eine Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit mit klareren Worten angefordert worden wäre, daß wir nicht so sehr angewiesen wären auf eine künftige bessere Einschätzung der Gegner. Auch die Steuererleichterungen, die unsere dem Ersiegen nahe Wirtschaft baldigst braucht, dürfte nicht unmöglich gemacht werden.

Sachliche Arbeit zu leisten hat das Kabinett sich von vornherein zum Ziel gesetzt und aus dieser sachlichen Einstellung entspringt auch der Entschluß des Kabinetts, seine Meinung im Reichsrat so zum Ausdruck zu bringen, wie sie wirklich war. Obher als mein Verbleiben im Amt des Reichspräsidenten steht mir doch mein Selbstachtungsbewußtsein, und in nationalen Gewissensfragen kann ich meine Haltung nicht von Mehrheiten bestimmen lassen.

Die Regierung überläßt es Ihnen, ob Sie dem Antrag der Kommunisten zustimmen, das Kabinett kürzen wollen; seine Mitglieder werden sich auf alle Fälle bewußt bleiben, daß sie nach ihrer besten Überzeugung gehandelt haben.

Abg. Böbel (Soz.) verliest eine Erklärung seiner Partei, in der es heißt, die Sozialdemokratie sei wohl für den Youngplan, solange es nichts Besseres für ihn gebe; sie hätten aber keine Verantwortung, deshalb das Kabinett Binger gegen seine eigenen Freunde zu schützen und würden deshalb für den Mißtrauensantrag stimmen.

Abg. Kaiser (Dirichl.-P.) erklärt: Die Stellungnahme der Regierung zum Youngplan könne für seine Partei kein Anlaß sein, die Regierung zu kürzen. Die Wirtschaftspartei bedauere, daß sich die Nationalsozialisten zu Mißtrauensanträgen gemacht hätten, und sie würden gegen den Mißtrauensantrag stimmen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) erklärt, die vorgebrachten Gründe reichten für seine Partei nicht aus, der Regierung ihr Mißtrauen zu bezugen. Sie habe aber auch kein Vertrauen zu einer Regierung, die sich auf so unsichere Elemente stütze. Es müsse eine Regierung auf breiterer Grundlage gebildet werden. Seine Partei werde sich der Stimme enthalten.

Abg. Stegert (Dnat.): Der kommunistische Antrag sei sehr oberflächlich. Die Regierung hätte Gelegenheit gehabt, sich dem Youngplan gegenüber neutral zu verhalten. Sie habe nicht einmal vorher Fühlung mit den Regierungsparteien genommen. Der Ministerpräsident könne nicht erwarten, daß die Deutschnationalen ihre grundsätzliche Einstellung verließen. Wir sehen die Ursache der Krise in der schlechtesten Entscheidung der Regierung. Es sei tragisch, daß der nationalsozialistische Antrag mit den Stimmen der Freunde des Young-Planes angenommen werde, und zwar gegen die Gegner des Young-Planes, zu denen auch die Nationalsozialisten gehörten. Den Antrag der Nationalsozialisten könnten seine Freunde nicht ablehnen. Sie seien aber bereit, in neue Verhandlungen über die Bildung einer Regierung auf der bisherigen Grundlage einzutreten. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Wübner (DSoz.): Seine Partei werde gegen beide Mißtrauensanträge stimmen. Von den Parteien des Landtages, mit Ausnahme der Kommunisten, wünschte eigentlich keine ernstlich Rücktritt des Kabinetts. Denn entweder wird dieser ein bürgerliches Minderheitskabinett gebildet, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß das Kabinett Binger wiederkommt, oder es kommt die Große Koalition, oder endlich die Landtagsauflösung.

Abg. Renner (Komm.) beschäftigt sich in seiner zweiten Rede mit dem bevorstehenden Verbot der SPD.

Abg. Edel (Soz.) meint, die aufgeklärte Arbeiterklasse werde mit den Kommunisten auch ohne Verbot fertig werden.

Abg. Dr. v. Fumetti (Volksp.-P.) erklärt, seine Partei werde sich der Stimme enthalten.

Auch Abg. Goldt (Mit.-Soz.) kündigt Stimmhaltung an. Abg. Schäfersch (Dschl. Landv.) erklärt, seine Partei werde dem Antrag der Nationalsozialisten zustimmen.

Die Regierung Binger gestürzt.

Hierauf erfolgen die Abstimmungen, die namentlich vorgenommen werden. Der kommunistische Antrag wird gegen 41 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. 41 Reinstimmen geben ab die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des

Landvolkes, der Deutschen Volkspartei und der Nationalsozialisten. 9 Abgeordnete der Demokraten, der Sozialisten und der Volkrechtspartei enthalten sich der Stimme.

Dagegen wird der nationalsozialistische Mißtrauensantrag mit 68 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen, des Landvolkes und der Nationalsozialisten angenommen. 24 Reinstimmen geben ab die Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. Der Stimme enthalten sich 9 Abgeordnete der Demokraten, der Volkrechtspartei und der Sozialisten. Der Präsident erklärt hierauf die Annahme des nationalsozialistischen Mißtrauensantrages. (Heftiger Beifall auf der linken Seite des Hauses.)

Nach der Annahme des nationalsozialistischen Mißtrauensantrages erklärt Präsident Böbel, daß die bisherige Regierung die Geschäfte bis zur Rekonstruktion des Kabinetts weiter führen werde.

Das Haus beschließt hierauf mit knapper Mehrheit, auch die übrigen Punkte der Tagesordnung heute noch zu erledigen. Die Rechnung des Staatsschatzungsamtes auf das Jahr 1928 wird ohne Aussprache einstimmig für richtig erklärt.

Anträge auf Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Siedemann, Oysig und Renner wird die Genehmigung verweigert.

Die kommunistischen Anträge wegen Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes wegen Aufhebung des Demonstrationsverbots für Chemnitz und den Amtsgerichtsbezirk Burgstädt und auf Entlassung der Hartmannsdorfer Cyler werden abgelehnt.

Zum Schluß der längeren Aussprache kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, wobei es bisweilen scheint, als sollte es zu Tätlichkeiten kommen.

Die Regierung erklärt, nach dem bisherigen Ergebnis der Erörterungen über die Hartmannsdorfer Cylerfrage sei keinerlei Verpflichtung zum Schadenersatz gegenüber den zu Schaden gekommenen Demonstranten oder ihrer Angehörigen vor. Ansprüche gegen den Staat müßten entweder vor den ordentlichen Gerichten oder vor den Versorgungsbehörden geltend gemacht werden.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden abgelehnt. Nächste Sitzung: Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 1 Uhr. Schluß der Sitzung nach 10 Uhr.

Kommunistischer Auflösungsantrag eingegangen.

Dresden. Die kommunistische Landtagsfraktion hat gegen Schluß der gestrigen Landtagsitzung einen Antrag eingebracht, daß der Landtag keine Auflösung beschließen möge. Wie wir hierzu erfahren, wird der Antrag in der nächsten Landtagsitzung am 25. Februar noch nicht zur Verhandlung kommen. Sein Schicksal wird in erster Linie von dem Ergebnis der Verhandlungen über die Rekonstruktion der Regierung abhängen. Seine Annahme wird in erster Linie durch die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bestimmt werden.

Die Deutsche Volkspartei zur politischen Lage.

Dresden. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt folgende Erklärung:

„Die Regierung Binger ist heute im Landtag durch eine Mehrheit von radikalen Sozialisten und Kommunisten einerseits und von Deutschnationalen und Nationalsozialisten andererseits gestützt worden. Ehrliche Versuche, diese unheilvolle Entwicklung noch in letzter Stunde zu verhindern, scheiterten daran, daß die Nationalsozialisten an ihren für jede Führungsverantwortliche Regierung untragbaren Forderungen hart festhielten.“

Parteipolitische Gründe haben somit über sachliche Erwägungen den Sieg davongetragen. Die Frage des Youngplanes wird und wurde nicht in Sachen und auch nicht durch die sachliche Stimme im Reichsrat (48 Ja gegen 6 Reinstimmen) entschieden, sondern im Reichstag. Keine der Parteien ferner, die die Regierung kürzten, hat einen gangbaren Weg zur Vermeidung einer Annahme des Youngplanes aufzuzeigen können.

Obenstehend haben diese Parteien mitteilen können, wie Sachen künftig überhaupt, geschweige denn wie es besser als bisher regiert werden könnte. Die schwere Verantwortung für den Schaden, der dem Lande aus dieser Lage erwächst, müssen allein diejenigen Parteien tragen, die den Sturz dieser seit dem Zusammenbruch der ersten bürgerlichen Regierung Sachsens herbeigeführt haben.

Parteitagungen zur Beratung der neuen Lage.

Dresden. Der Landesvorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird Anfang nächster Woche in Dresden zusammenzutreten, um zu besprechen den Sturz des